

EINE LEHRE – EINE ZUKUNFT

Aufruf der Zivilgesellschaft: junge abgewiesene Asylsuchende müssen ihre Lehre fortsetzen und beenden dürfen!

Am 2. Februar 2019 fand in Lausanne das erste Westschweizer Treffen zum Thema junge abgewiesene Asylsuchende, die ihre Ausbildung nicht fortsetzen dürfen, statt. Über 200 Teilnehmer aus allen Westschweizer Kantonen, darunter junge Asylsuchende, Arbeitgeber, Fachkräfte, Patenfamilien usw., haben sich zusammengefunden, um gemeinsam ihrer Besorgnis über die Häufung von Fällen, in denen Lernende nach Ablehnung ihres Asylantrags gezwungen wurden, ihre Lehre aufzugeben, Ausdruck zu verleihen.

Mit dem vorliegenden Aufruf fordern die Verfasser und Unterzeichner Bund und Kantone auf, es jungen Asylsuchenden trotz einer Ablehnung ihres Asylantrags zu ermöglichen, ihre Lehre zu beenden.

Stimmen von jungen Asylsuchenden

Wir werden gezwungen, unsere Lehre abzubrechen. Dies bringt uns in eine psychologisch schwierige Lage und erschwert uns das Leben massiv. Wir müssen mit der Furcht leben, unsere Ausbildung nicht fortsetzen zu können, unsere Wohnung zu verlieren oder in unser Herkunftsland zurückgeschickt zu werden. Die Bevölkerung ist sich dieser Gefahren nicht bewusst.

Wir wollen nicht kriminell werden.

Für unsere Zukunft sind wir auf eine Ausbildung und auf Berufserfahrung angewiesen. Mit einer Ausbildung können wir auf eigenen Beinen stehen. Es muss für uns möglich sein, unsere Energie in unsere Zukunft zu investieren.

Geben Sie uns die Chance, zu bleiben und unsere Lehre zu beenden. Lassen Sie uns arbeiten. Wir wollen hier etwas erreichen, was uns für unsere Zukunft helfen wird.

Stimmen von Arbeitgebern

Unsere Unternehmen brauchen motivierte Lernende, die wir manchmal nur mit Mühe finden. Junge Asylsuchende sind unserer Erfahrung nach sehr seriös und nehmen ihre Arbeit ernst. Wir sind mit Lehrabbrüchen konfrontiert, die sich für unsere Unternehmen als höchst nachteilig erweisen. Der damit verbundene organisatorische Aufwand ist immens.

Wir stellen eine Inkonsistenz zwischen der Integrationsbereitschaft, zu der wir aufgefordert werden, und der Rückführung von Lernenden oder jungen

Asylsuchenden, denen eine Lehre versprochen wurde, fest.

Wir möchten von Seiten der Behörden explizit über Auswirkungen und Risiken, welche die Anstellung junger Asylsuchender mit sich bringt, informiert werden. Wir erwarten vom Staat, dass er uns in unseren Bemühungen, Lernende anzustellen, entschieden unterstützt.

Wir betrachten es als eine Pflicht, junge Asylsuchende auszubilden. Die Lehre bildet die Grundlage für ihre Zukunft und verhindert Kriminalität. Wir sind überzeugt, dass es in menschlicher Hinsicht selbstverständlich ist, diesen jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich auszubilden und ihre Fähigkeiten zu nutzen.

Wir fordern die Behörden auf, zu berücksichtigen, dass einige junge Asylsuchende im Besitz eines Lehrvertrags oder Lehrversprechens sind.

Wir fordern weiterhin, dass junge Asylsuchende in Ausbildung oder mit einem Ausbildungsversprechen nicht ausgewiesen werden. Der Entzug einer Ausbildung und damit der Zukunftsperspektiven kann einige junge Menschen auf die Strasse treiben.

Wir fordern daher, dass junge Asylsuchende, welche die Anforderungen an Integration in der Schweiz erfüllen, ihre Lehre oder schulische Ausbildung beenden können, auch wenn ihr Asylantrag abgelehnt wurde. Wir möchten vom Staat eine Zusicherung, dass diese jungen Menschen ihre Ausbildung beenden können.

Stimmen von Patenfamilien

Wir sind Familien und Menschen, die sich für junge Asylsuchende engagieren. Wir begleiten sie nicht nur emotional, sondern auch finanziell. Wir wollen anerkannt werden, weil wir direkte Zeugen ihrer von Schwierigkeiten und Hindernissen geprägten Lebenswege sind.

Wir sind wütend und entsetzt über die oft unverständlichen Negativentscheide, welche diese jungen Menschen, mit denen wir tiefe Bande geknüpft haben, erhalten. Wir fordern, dass sie ihren Weg hier weitergehen können, der unter anderem eine Ausbildung beinhaltet.

Eine Schul- und Berufsausbildung sollte unabhängig vom Alter allen offenstehen. Erwachsene genauso wie Minderjährige sind auf eine Ausbildung angewiesen, um sich eine Zukunft aufbauen zu können.

Wir sind der Meinung, dass für eine dauerhafte Lösung der Migrationsfrage die Ausbildung eine entscheidende Rolle spielt.

Wir fordern, dass die betroffenen jungen Menschen ihre Ausbildung beenden können und sie eine Perspektive erhalten. Wir fordern daher, dass eine Rückführung verunmöglicht wird, wenn sie sich in Ausbildung befinden. Wir fordern ausserdem, dass die Situation abgewiesener junger Asylsuchender in Ausbildung neu beurteilt wird.

Stimmen von Fachkräften

Wir Fachkräfte betreuen junge Migranten und prangern die Notlage an, der motivierte und für ihre Integration und Ausbildung engagierte junge Leute nach Negativentscheiden ausgesetzt werden und die sich nun in einer schwierigen psychosozialen Situation wiederfinden.

Für uns ist es unmöglich geworden, die uns anvertrauten Aufgaben zufriedenstellend zu erfüllen.

Wir stellen eine Inkonsistenz im System fest, die dem allgemeinen Gesundheitszustand der jungen Menschen Schaden zufügt und diese verunsichert und marginalisiert.

Wir sind der Überzeugung, dass alle Menschen ein Recht auf Ausbildung und eine Lehre haben. Dieses Recht trägt zu einer soliden Identitätsbildung und zum sozialen Zusammenhalt bei.

Wir fordern Beständigkeit in der Betreuung von jungen Menschen, unabhängig von ihrem Status.

Wir fordern eine politische und soziale Kohärenz, um eine Verschwendung finanzieller und menschlicher Ressourcen zu vermeiden.

Stimmen von Lehrkräften

Wir haben einen Bildungsauftrag zu erfüllen, d.h. junge Menschen zu unterrichten und sie bis zum erfolgreichen Abschluss eines Diploms zu begleiten. Manchmal verunmöglichen es uns Entscheide anderer behördlicher Instanzen, diesem Auftrag Folge zu leisten. Unsere Lage ist absurd und in gewisser Weise sinnlos. Die Lernenden befinden sich in der paradoxen Situation, in der eine Behörde von ihnen verlangt, sich zu integrieren, und eine andere ihnen sagt, das Land zu verlassen.

Lassen Sie uns zum Wohl aller Schüler und Lernenden als Lehrer und Erwachsene wieder glaubwürdig werden.

Wir fordern klare Informationen von Seiten der Bildungsbehörden, damit wir wissen, wie und was wir in kritischen Situationen antworten oder tun können. Zudem fordern wir, diese jungen Menschen als Lernende und nicht als Migranten zu betrachten.

Wir fordern, dass jeder junge Mensch unabhängig von seinem Status eine Ausbildung beenden kann.

Es wurde ein Komitee gebildet, um diesen Aufruf zu verbreiten und den zuständigen Behörden zu übermitteln. Die Petition unterzeichnen: www.einelehre-einezukunft.ch

